

partei forderte vordringlich eine Änderung des Regierungssystems, das auch eine Änderung des Verhältnisses von Fürst und Volk und umgekehrt in sich barg. Das Binde(Zwischen-)glied zwischen Fürst und Volk, der Landesverweser, der bis anhin ein Ausländer war, sollte ausgeschaltet werden. Die verfassungspolitischen Auseinandersetzungen drehten sich denn auch anfänglich um die Forderung der Volkspartei, wonach ein Liechtensteiner zum Landesverweser bestellt werden müsse.

Um den Anschein als ob die Volkspartei antimonarchisch^{54a} eingestellt sei, ganz aus dem Wege zu räumen, nimmt Dr. Wilhelm Beck in den O. N. vom 7. August 1920 Stellung in seinem Beitrag «Zur Politik der Wiener Gesellschaft». Es war nicht zu übersehen, daß die Liechtensteiner, die in der Schweiz arbeiteten, auf die Volkspartei Einfluß ausübten, indem sie sie in ihren landespolitischen Bestrebungen unterstützten. Dies löste auf seiten der Bürgerpartei Argwohn aus, waren doch die Liechtensteiner, die in der Schweiz arbeiteten, von einer anderen, liberalen staatspolitischen Gesinnung.^{54b} So fragt Kabinettsrat J. Martin Landesverweser Dr. J. Peer in einem Schreiben vom 7. Februar 1921: «Wurde etwa mit Legationsrat Dr. Beck der Umstand gestreift, daß die in der Schweiz arbeitenden Liechtensteiner meist eine republikanische Gesinnung erhalten?»⁵⁵ In der Rückantwort von Landesverweser Dr. J. Peer vom 10. Februar 1921 heißt es dazu: «Daß die in der Schweiz arbeitenden Liechtensteiner zumeist sozialdemokratischen, wenn nicht noch weiter nach links hinneigenden Ansichten huldigen, ist leider nicht zu bestreiten. Doch halte ich es immerhin noch für weit klüger, ihnen in der Schweiz die Gewährung einer Arbeitslosenfürsorge durch Einräumung des Gegenrechtes an hiesige arbeitslose Schweizer zu sichern, als im gegenteiligen Falle ihre Ausweisung aus der Schweiz und ihr massenhaftes Rückströmen ins Fürstentum zu befördern.»⁵⁶ Dr. Wilhelm Beck tritt denn auch mit Nachdruck für die monarchische Staatsform ein, indem er sich gegenüber Prinz Eduard von Liechtenstein wie folgt äußert: «Ich gebe Ihnen die Versicherung ab, daß ich auch ohne Diplomatenränke und -schwänke den Mut hätte, öffentlich für die

^{54a} Vgl. O. N. Nr. 10, 6. März 1918.

^{54b} Vgl. den Artikel in O. N. Nr. 48, 23. November 1918 (Liechtenstein den Liechtensteinern). Dieser ist unterzeichnet von der Demokratisch Liechtensteini-schen Partei Zürich.

⁵⁵ LRA Präs. 1921 ad 23.

⁵⁶ LRA Präs. 1921 ad 23.